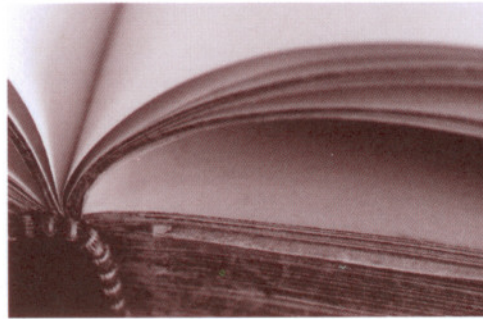




Urnenabstimmung

vom 24. September 2006



über die Änderung der Gemeindeordnung
der Stadt Bülach bezüglich:

- Zuständigkeit im Einbürgerungsverfahren
- Quoren und Fristen für die Einzelinitiative
und das Referendum

Überparteiliches Komitee
NEIN zur Einbürgerungsvorlage

Bülach, 12. September 2006

E I N L A D U N G

zu einer Pressekonferenz zur Initiative *Einbürgerungen durch den Stadtrat*

am Mittwoch, 13. September 2006, 13.00 Uhr, im Restaurant Hotel Goldener Kopf, Bülach

Gerne möchten wir Sie über die Gründung unseres überparteilichen Komitees orientieren. Folgende Referate werden Sie anlässlich dieser Veranstaltung hören:

- | | |
|---|---|
| 1. Einleitung und allgemeine Orientierung | Kantonsrat Othmar Kern , ehem.
Präsident Bürgerrechtskommission des
Gemeinderates Bülach |
| 2. Massive Kostensteigerung durch neue Bürokratie | Ilse Kaufmann , ehem. Stadträtin und
Präsidentin der Bürgerlichen Abteilung
des Stadtrates |
| 3. Weshalb sich das Vieraugenprinzip bewährt | Daniela Gehring , Gemeinderätin und
Mitglied der Bürgerrechtskommission |
| 4. Ziele der destruktiven Ausländerpolitik der Linken | Kantonsrat Claudio Schmid, ehem.
Mitglied des Bürgergemeinderates |

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an das Komiteesekretariat (Tel. 044 862 49 89).

Mit freundlichen Grüssen

Komitee NEIN zu den Einbürgerungen

Claudio Schmid

Bülach Komitee gegen vereinfachtes Einbürgerungsverfahren gebildet

Abbau der Demokratie befürchtet

Ein überparteiliches Komitee spricht sich gegen ein vereinfachtes Einbürgerungsverfahren aus, über das in rund zehn Tagen abgestimmt wird.

Barbara Stotz

«Es wird Demokratie abgebaut, wenn der Stadtrat über die Einbürgerung von im Ausland geborenen Personen entscheidet», befürchtet Othmar Kern, SVP-Kantonsrat und ehemaliger Präsident der Bürgerrechtskommission

(BRK) des Bülacher Gemeinderats. Deshalb kämpft das Komitee «Nein zur Einbürgerungsvorlage» gegen die Änderung der Gemeindeordnung, über die am 24. September abgestimmt wird. Wird die Vorlage angenommen, ist neu der Stadtrat allein zuständig für die Einbürgerungen.

Nebst Kern sitzen im Komitee der SVP-Kantonsrat und ehemalige Gemeinderat Claudio Schmid, Alt-Stadträtin Ilse Kaufmann (SVP), FDP-Gemeinderätin Daniela Gehring und Alt-Gemeinderat Ernst Meier (SVP). Am Mehr-Augen-Prinzip müsse festgehalten werden, erklärte Kaufmann, ehemalige Präsidentin der bürgerlichen Abteilung des Stadtra-

tes. Denn nicht immer entscheide der Gemeinderat im Sinne der stadträtlichen Anträge. Es wäre zudem schade, wenn die persönlichen Gespräche mit den Gesuchstellern wegfallen würden, erklärte Gehring, seit Frühling Mitglied der BRK. Zudem möchte das Komitee verhindern, dass die Einbürgerungen zum Verwaltungsakt verkommen, wenn der Stadtrat die Abklärungen möglicherweise an das Verwaltungspersonal delegiere. Auch das Argument, dass die öffentlichen Abstimmungen im Gemeinderat über die Einbürgerungsgesuche den Persönlichkeitsschutz verletzen, lassen sie nicht gelten: Auf Wunsch könne das Publikum nämlich ausgeschlossen werden.

Überparteiliches Abstimmungskomitee
NEIN zur Einbürgerungsvorlage in der Stadt Bülach

Wir Bülacherinnen und Bülacher stimmen am 24. September 2006

NEIN zur Einbürgerungsvorlage

- *Wir wollen keinen Abbau der Mitbestimmung und Demokratie*
- *Ein reiner Verwaltungsakt muss verhindert werden*
- *Die bisher seriös und sorgfältig durchgeführte Einbürgerung durch das Parlament muss unbedingt beibehalten werden*
- *Unsere Stadträte müssen bereits jetzt genügend wichtige Verpflichtungen erfüllen*

Dieses Komitee wird unterstützt von:

René **Berset**, ehem. Gemeinderat/Kantonsrat | Peter **Fehrlin**, ehem. Gemeinderat | Hansruedi **Fitze**, Gemeinderat | Daniela **Gehring**, Gemeinderätin, Mg. Bürgerrechtskommission | Ilse **Kaufmann**, ehem. Stadträtin, Präsidentin bürgerliche Abteilung 98-06 | Kantonsrat Othmar **Kern**, ehem. Gemeinderat, Präsident Bürgerrechtskommission 02-06 | Heinz **Kousz**, Gemeinderat | Manuela **Meier**, Gemeinderätin | Ernst **Meier-Pfeiffer**, ehem. Gemeinderat | Peter **Probst**, ehem. Gemeinderat | Andrea **Schmidhauser**, Gemeinderätin, Mg. Bürgerrechtskommission und Präsidentin Gemeinderat 05/06 | Alfred **Schmid**, Gemeinderat, RPK Präsident | Kantonsrat Claudio **Schmid**, ehem. Bürgergemeinderat | Andrea **Spycher-Maag**, Gemeinderätin | Priska **Studer-Hinnen**, Gemeinderätin | Markus **Wobmann**, Gemeinderat, Präsident Bürgerrechtskommission | David **Weingartner** | Bruno **Wermelinger**, ehem. Stadtrat | Willy **Wüthrich**, Gemeinderat | Willi **Meier-Meier**, ehem. Gemeindeart | Ursula Senn-Bechtel, ehem. Gemeinderätin | Bruno **Basler**, Gemeinderat | Georg **Naef** | Roger **Emch**, Informatiker TS | Beat **Böni**

JA + zur Initiative Einbürgerungen durch den Stadtrat!

JA zur Anpassung der Gemeindeordnung!

JA zu Bürokratieabbau!

JA zu Kosteneinsparungen!

JA zu verbessertem

Persönlichkeitsschutz!

Wir unterstützen die Einzelinitiative Schwank:

Theodor und Elisabeth Altorfer, Dr. Hans Ulrich und Marianne Ammon-Loetscher, Fritz Angst, Mike Bader, Jürg-Peter und Theres Baumann-Schmid, Prof. Dr. Jakob Briner, Martin Bühler, Nicole Brunner, André Bürgi, Marlies Casutt-Kaufmann, Angelo Caviola, Esther Caviola, Michael Degkwitz, Mark Eberli, Claudia Erny, Peter Fehr, Walter Fehr, Andreas Fischer, Barbara Fischer, Claudia Forni, Martin Gessler, Dr. Ruedi Haug, Michaela Huber, Daniel Hüsler, Ueli Jäggli, Jürg Hintermeister, Patrik Kyd, Verena Küttel, Thomas Langhart, Jürg Leimbacher, Dieter Liechtli-Keller, Hanspeter Lienhart, Fritz Münger, Dr. Ursula Oberli, Werner Oetiker, Daniela Rigoli Rosa Pfister, Florian Schmid, Claude Schwank, Matthias Schwank, Ursula Spring, Sandra Wilhelm Hamiti, Hans Wirth, Johanna Wirth Calvo, Alfred Wyler, Thomas Zolliker

Komitee für ein effizientes Einbürgerungsverfahren
c/o FS Beratung, Feldstr. 10, 8180 Bülach
Postcheckkonto: 85-364970-2

Einbürgerungen nicht immer mehr erleichtern

Am 24. September stimmen wir über die Initiative Schwank ab. Die Annahme dieser Initiative bedeutet einen Abbau der direkten Demokratie, haben dann doch die Volksvertreter nichts mehr zu sagen zu den Einbürgerungen. Nach meinem Dafürhalten gehört die Einbürgerung von Ausländern, die im Ausland geboren sind, zu den Kerngeschäften des Gemeinderates. Gründe, wonach bis zu 20 000 Franken gespart werden könnte bei Einbürgerung nur durch den Stadtrat, stimmen überhaupt nicht. Bekanntlich wurde ja die Anzahl Mitglieder des Stadtrates auf Beginn der neuen Amtsperiode von neun auf sieben reduziert.

Da frage ich mich allen Ernstes, ob der Stadtrat noch genügend Zeit findet, um die Gesuche, nebst der anderen, anspruchsvollen Arbeit, seriös zu prüfen. Ich befürchte, dass die Gesuche in der Verwaltung geprüft und vorbereitet

werden, sodass der Stadtrat anschliessend nur noch einen Beschluss fassen muss, ob einbürgern oder nicht. Da bin ich überzeugt, dass die Verwaltung aufgestockt werden muss, um diese Arbeit auch noch zu erledigen. Das würde ebenfalls wieder Kosten verursachen. Bis jetzt wurde diese Arbeit von der Bürgerrechtskommission effizient und vor allem kostengünstig gemacht. Es stimmt, bei den meisten Gesuchen, die der Stadtrat vorprüfte und dann an die Bürgerrechtskommission weiterleitete, waren Stadt- und Gemeinderat gleicher Meinung

Zweifelhafte Gesuche wurden aber durch die Bürgerrechtskommission nochmals sehr genau geprüft. Es kam vor, dass einige Gesuche, die der Stadtrat ablehnte, von der Bürgerrechtskommission mit positivem Antrag an den Gemeinderat weitergeleitet wurden. Aber auch das Umgekehrte passierte, ei-

nige Gesuche wurden vom Gemeinderat auf Antrag der Bürgerrechtskommission abgelehnt, obwohl der Stadtrat Antrag auf Einbürgerung stellte. Darum meine ich, ist es gut, wenn sich zwei Gremien mit den Gesuchen befassen. So ist sichergestellt, dass auch in Zukunft richtig entschieden wird. Vier Augen sehen bekanntlich besser als zwei. Mit der Ablehnung dieser Initiative würde das jetzige Einbürgerungsverfahren, das sich übrigens seit der Einführung des Parlaments sehr bewährt hat, weitergeführt. Wir sollten die Einbürgerungen nicht immer mehr erleichtern, sonst sind wir dann plötzlich erstaunt, wenn die Gesuche immer mehr zunehmen. Darum lehne ich diese Initiative ab; ich sage Ja zum Ausländergesetz und zum Asylgesetz.

*Othmar Kern
ehemaliger Präsident
der Bürgerrechtskommission, Bülach*

Keine neuen Verwaltungsaufgaben

Ausländer, die weder in der Schweiz geboren sind noch während mindestens fünf Jahren Schweizer Schulen besucht haben, haben keinen Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Dies bedeutet in der Bülacher Einbürgerungspraxis, dass jene Einbürgerungsgesuche bis heute durch die Bürgerrechtskommission geprüft und durch den Gemeinderat abschliessend beurteilt werden. Diese Bewilligungspraxis hat sich bestens bewährt, denn nebst der finanziellen Erhaltungsfähigkeit und der Einhaltung der Rechtsordnung müssen auch subtilere Kriterien wie die soziale und kulturelle Integration sowie die Deutsch-

kenntnisse in persönlichen Gesprächen geprüft werden. Für eine seriöse und ausgedehnte Überprüfung dieser Kriterien hat der heute reduzierte Stadtrat kurzerhand keine Zeit. Eine zusätzliche Belastung ist der starke Gesuchsanstieg aufgrund der neuen Gebührenordnung, welche nur noch eine Fallgebühr abverlangt anstatt wie bis Ende letzten Jahres einer einkommensabhängigen Einbürgerungsgebühr.

Die Folge der Aufgabendelegation an den Stadtrat wird deshalb sein, dass das ganze Einbürgerungsverfahren zu einem reinen Verwaltungsakt wird. Gemäss unserer neuen Gemeindeord-

nung (Art 12bis, Abs. 2) kann der Stadtrat nämlich ganze Aufgaben und die damit verbundenen Verfügungsbefugnis an Angestellte der Verwaltung mit eigener Verantwortung übertragen. Dies muss unbedingt verhindert werden! Oder wollen wir wirklich unsere Rechte aus der Hand geben und die Verwaltung regieren lassen?

Ich lege deshalb ein klares Nein zur Änderung der Gemeindeordnung bezüglich «Neuregelung der Zuständigkeit im Einbürgerungsverfahren» in die Urne.

*Andrea Schmidhauser
FDP-Gemeinderätin und Mitglied
der Bürgerrechtskommission Bülach*

Donnerstag, 14. September 2006

Überparteiliches Komitee wehrt sich gegen Änderung der
Bülacher Gemeindeordnung

Einbürgerungen inskünftig durch die Stadtverwaltung?

Bülach — Eineinhalb Wochen vor der Kommunalabstimmung in Bülach tritt ein bürgerlich geprägtes Komitee «Nein zur Einbürgerung durch den Stadtrat» auf den Plan. Dieses will verhindern, dass das Einbürgerungsverfahren aus der Zuständigkeit des Stadtparlamentes genommen wird und inskünftig nur noch der Stadtrat über Einbürgerungsbegehren entscheidet.



Komitee-Mitglieder im Erkerzimmer des Hotels zum goldenen Kopf (von links): vorne Daniela Gehring und Ilse Kaufmann sowie hinten Othmar Kern, Claudio Schmid und Ernst Meier-Pfeiffer. (Bild: kwb)

■ von Klaus W. Bodenmüller

Ein überparteiliches Komitee «Nein zur Einbürgerung durch den Stadtrat» will das Einbürgerungsverfahren im Ist-Stand belassen und lehnt deshalb eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung ab. Gestern präsentierte das Komitee seine Argumente.

Kantonsrat Othmar Kern (SVP), ehemaliger Präsident der Bürgerrechtskommission (BK) des Gemeinderates, betonte, dass bei einer Annahme der Einzelinitiative ein wichtiges Mitbestimmungsrecht der gewählten Volkstreter aus der Hand gegeben werde. Nachdem der Stadtrat von neun auf sieben Mitglieder reduziert wurde, bezweifelt er, dass die Exekutive noch in der Lage ist die rund 80 Einbürgerungsgesuche pro Jahr (je zur Hälfte im ordentlichen beziehungsweise erleichterten Verfahren) seriös zu bewältigen. Es sei daher zu befürchten, dass die Einbürgerungsgesuche inskünftig von der Stadtverwaltung behandelt werden und der Stadtrat nur noch auf Empfehlung der Verwaltung entscheidet.

Das bisherige System habe sich bewährt, betonte Alt-Stadträtin Ilse Kaufmann (SVP), ehemalige Präsidentin der Bürgerlichen Abteilung des Stadtrates. Man habe die Ausländer spüren lassen, dass sie ernst genommen werden. Es sei auch sehr geschätzt worden, dass sie von BK-Mitgliedern zu Hause besucht wurden. «Niemand hat die Möglichkeit vorgezogen ins Rathaus zu kommen». Sie sei auch froh gewesen, dass in Zweifelsfällen zwei verschiedene Kommissionen ihre Eindrücke sammelten.

Positive Erfahrungen machte auch Gemeinderätin Daniela Gehring (FDP),

Mitglied der BK. Die Behandlung der Gesuche erfordere eine intensive Arbeit für die BK-Mitglieder. Die Kosten für die Öffentlichkeit seien minimal angesichts der relativ bescheidenen Sitzungsgelder.

Der Persönlichkeits- und Datenschutz für die Antragsteller sei immer gewahrt worden, betonte SVP-Vorstandsmitglied Ernst Meier-Pfeiffer, der von 1974 bis 1986 Gemeinderat und BK-Mitglied war. In fraglichen Fällen sei die Öffentlichkeit von den Verhandlungen des Gemeinderates ausgeschlossen worden.

Kantonsrat Claudio Schmid (SVP), ehemaliges Gemeinderatsmitglied, befürchtet wie zuvor schon Othmar Kern, dass bei einer Annahme der Initiative eine seriöse Überprüfung von Einbürgerungsgesuchen nicht mehr möglich sei und so ein Boom an Gesuchen ausgelöst werde. Schmid vermutet, dass mit der Initiative das Thema Ausländer in Bülach vom Tisch gebracht werden soll und die Türen für Ausländer weit geöffnet werden.

Darüber wird abgestimmt

(kwb) Gemäss Gemeindeordnung ist der Stadtrat heute für die Erteilung des Bürgerrechts all jener Bewerber zuständig, die einen gesetzlichen Anspruch auf Einbürgerung haben. Das sind Gesuche von in der Schweiz geborenen Ausländern oder solchen, die zwischen 16 und 25 Jahre alt sind, sofern sie in der Schweiz nachweislich fünf Jahre Unterricht auf Volks- oder Mittelschulstufe in einer der Landessprachen besucht haben. Für alle übrigen Einbürgerungsgesuche, vornehmlich von im Ausland geborenen Antragstellern, entscheidet das Stadtparlament, wobei der Stadtrat diese Gesuche prüft und dem Gemeinderat Antrag stellt. Mit einer Einzelinitiative beantragt Gemeinderat Matthias Schwank (Grüne), dass die Zuständigkeit *sämtlicher* Einbürgerungsgesuche dem Stadtrat übertragen werden. Er begründet das Begehren unter anderem damit, dass der jetzige administrative und personelle Aufwand zu hoch sei, die Verfahren um drei Monate verkürzt, jährlich 20'000 Franken an Kosten gespart und der Daten- und Persönlichkeitsschutz durch Stadtratsentscheide besser gewährleistet werden. Über eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung entscheidet der Bülacher Soverän am 24. September.

Inserate im Neuen Bülacher Tagblatt

Dienstag, 19. September 2006

Wir wollen keinen Abbau der Mitbestimmung und Demokratie
NEIN zur Einbürgerungsvorlage
Überparteiliches Komitee NEIN zur Einbürgerungsvorlage

Mittwoch, 20. September 2006

Ein reiner Verwaltungsakt muss verhindert werden
NEIN zur Einbürgerungsvorlage
Überparteiliches Komitee NEIN zur Einbürgerungsvorlage

Donnerstag, 21. September 2006

Die seriös durchgeführte Einbürgerung muss beibehalten werden
NEIN zur Einbürgerungsvorlage
Überparteiliches Komitee NEIN zur Einbürgerungsvorlage

Abstimmung vom 24. September 2006

Verfehlte Einbürgerungs Initiative!

Laut Geschäftsbericht 2005 der Stadt Bülach wurden 116 Einbürgerungen gut geheissen. Die Prüfung dieser Gesuche erfolgte pflichtbewusst und seriös durch die bürgerliche Abteilung des Gemeinderates.

Was soll nun die unverständliche Initiative ändern?

- ☞ Die Einbürgerungen alleine dem Stadtrat überlassen?
- ☞ Kosten sparen?
- ☞ Bürokratie abbauen?
- ☞ Oder einfach die Einbürgerungen erleichtern?

☞ Das wollen wir nicht!

Deshalb setzen wir uns dafür ein, ohne Demokratieabbau, die Einbürgerungen wie bis anhin durch ein bewährtes Gremium von Mitgliedern des Gemeinderates zu prüfen.

Darum empfehlen wir für die Abstimmung vom 24. September 2006 ein

NEIN zur Einbürgerungs Initiative

JA zum Asyl Gesetz

- Stoppt den Asylmissbrauch durch Scheinasylanten
- Ehrliches Gesetz hilft ehrlichen Flüchtlingen
- Echte Flüchtlinge werden besser integriert

JA zum Ausländer Gesetz

- Verhindert Scheinehen
- Verhindert den ungebremsten Zustrom ins Soziale Netz
- Familiennachzug geregelt für eine optimale Integration

SVP Schweizerische Volkspartei der Stadt Bülach

Unter www.svp-buelach.ch oder über das Sekretariat Tel. 044 217 77 66 erfahren sie mehr über die SVP

Bülach, 24. September 2006

P R E S S E M I T T E I L U N G

zur Volksabstimmung *Einbürgerungen durch den Stadtrat* in Bülach

Kommentar des überparteilichen Komitees NEIN zur Einbürgerungsvorlage in Bülach

Die Bülacher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nahmen mit die Einbürgerungsvorlage an.

Die Annahme der Einbürgerungsvorlage durch die Stimmberechtigten bedauern wir.

Offensichtlich ist es dem überparteilichen Komitee Nein zur Einbürgerungsvorlage in Bülach, nicht gelungen, die Annahme dieser Initiative zu verhindern. Mit diesem Abstimmungsresultat wird der Volksvertretung, unserem Stadtparlament leider ein wichtiges demokratisches Mittel entzogen. Der reine Verwaltungsakt im Einbürgerungswesen ist somit auch in Bülach eine Tatsache.

Dem Gemeinderat Bülach obliegt nun mit der Oberaufsicht des Stadtrates festzustellen, ob die Exekutive die Einbürgerungsverfahren kostengünstig und effizient betrieben wird.

Aktive Gemeinderäte die sich gegen diese Kompetenzdelegation wehrten, werden inskünftig den Stadtrat beim Versprechen der Kostensenkung messen. Ob die Auflösung der Bürgerrechtskommission tatsächlich auch Kosten für die Gesamtverwaltung einspart wird sich zeigen. Für das Nein-Komitee kommen jedenfalls neu gebildete Verwaltungseinheiten wie auch Stellenprozente nicht in Frage.

Komitee NEIN zu den Einbürgerungen